

THÜRINGEN

BLÄTTER ZUR LANDESKUNDE

Das Jahr 1956 begann mit einem Paukenschlag. Im Februar verkündete die KPdSU in Moskau den Abschied vom Stalinismus. Auch eine DDR-Delegation hörte die neuen Töne auf dem XX. Parteitag, blieb aber, wie die anderen Staaten der sowjetischen Einflussphäre, von der Sitzung im Kreml mit der richtungsweisenden Rede Chruschtschows ausgeschlossen.

In der DDR führte der sowjetische Kurswechsel nicht zu einer Entspannung – denn er wurde offiziell gar nicht thematisiert. Die Bevöl-



„Die Hochschule für Musik FRANZ LISZT Weimar um 1960“
(Fotothek Klassik Stiftung Weimar)

kerung erfuhr aus den Zeitungen nichts über den kritischen Rückblick auf das System Stalin. Erst nach und nach drang die Kunde von Chruschtschows Eingeständnis der stalinistischen Verbrechen bis in Intellektuellenkreise der DDR durch. Wolfgang Harich und andere etwa entwarfen in Berlin einen Reformsozialismus, der ihnen später mehrjährige Gefängnisstrafen einbrachte.

Vor allem Künstler und Intellektuelle erkannten die Signale aus Moskau und forderten mehr gestalterische Freiheiten. „Ich

Der Protest der Weimarer Musikstudenten 1956

lasse mir nichts gefallen, ich spreche, ich kritisiere, was ich will. Das hat mich der XX. Parteitag gelehrt“, verkündete ein Weimarer Schriftsteller im Sommer 1956.

Die kurze Ruhepause von der straffen Aufbaupolitik nach dem Schock des 17. Juni 1953 war nun endgültig vorbei.

Die Zeichen standen auf Sturm, und der wehte aus allen Richtungen gleichzeitig. Nicht nur das Moskauer Tauwetter barg Konflikte für die DDR. Eine einseitige, auf den Ausbau der Schwerindustrie zielende Wirtschaftspolitik hatte zunehmend zu Versorgungsengpässen geführt. Lebensmittel und Kohle

waren stets knapp und mussten teuer importiert werden. Die weitere Kollektivierung der Landwirtschaft und die anhaltende Fluchtwelle nach dem Westen banden zusätzlich alle ideologischen Kräfte der Partei. 1956 erreichte die Abwanderungswelle erneut ein Rekordhoch, wie direkt nach dem 17. Juni. In Leipzig und Dresden eskalierte die Auseinandersetzung um Urlaubsreisen der Studenten. Westdeutschland war ein beliebtes Ziel, und die FDJ klagte über mangelnde Teilnahme an ihren eigenen Ferienaktivitäten: Wei-

marer Musikstudenten wurden im Sommer 1956 zu den Bayreuther Festspielen eingeladen. Die angehenden Architekten der Hochschule für Architektur und Bauwesen wollten ihre Reisen zu Bauprojekten im Westen als wichtigen Anschauungsunterricht für die eigene Arbeit nicht missen. Reisefreiheit war für junge Leute in der Zeit vor dem Mauerbau eine Selbstverständlichkeit. Sie ärgerten sich über bürokratische Schikanen und die ideologische Verdammung der Reisen durch die SED.

„Kitsch und Tralala“: Weimar diskutiert

Weimar, 2. Mai 1956. Herbert Roth, der beliebte Thüringer Volksmusiker und Vater des Rennsteigliedes, ist für den Abend mit seinem Ensemble im Kino „Theater des Friedens“ angekündigt.

Schon seit geraumer Zeit war Herbert Roths „Kitsch und Tralala“ Dozenten und Studierenden der Abteilung Volksmusik an der Weimarer Musikhochschule ein Dorn im Auge. Seine Thüringer Heimatschlager liefen häufig im Rundfunk, es gab zahlreiche Schallplattenproduktionen. Die Konzert- und Gastspielformate vermarktete ihn und sein Ensemble erfolgreich im Ausland. Dozenten und Studierende diskutierten über das Phänomen Herbert Roth und waren sich einig: Was Herbert Roth macht, sei keine echte Volksmusik, sondern „kleinbürgerliche Gefühlsduselei“. Damit wussten sich die werdenden Profi-Musiker und ihre Lehrer in „bester Gesellschaft“. In den 1950er-Jahren tob-

te ein musikwissenschaftlicher Kampf gegen „Kitsch und Schund“ in der Musik. Viele Musikschaffende waren frustriert darüber, dass man diese Musik auf allen Kanälen hören konnte, während es für die eigenen Kompositionen und Liederbücher oder etwa dringend benötigte Instrumente kaum finanzielle Mittel gab. Sogar das Zentralkomitee der SED hatte auf seinem 25. Plenum eine neue Unterhaltungsmusik in Abgrenzung zum „kleinbürgerlichen Vergnügungsbetrieb“ gefordert. An der Weimarer Musikhochschule musste man feststellen: nichts geschah. Und Herbert Roth und sein Ensemble? Sie brachten die Säle zum Kochen, nicht nur zwischen Suhl und Sangerhausen. Nun sollten sie auch in Weimar auftreten – auf Jubiläumstournee. Roth in der „Kulturstadt Weimar“! Einige Studenten beschlossen, dem Konzert etwas entgegenzusetzen. Ende April 1956 diskutierten sie verschiedene Ideen auf ei-

ner FDJ-Sitzung. Es wurden auch schon Slogans für Spruchbänder getextet: „5 Jahre Herbert Roth – 5 Jahre Kitsch und

Tralala“. Wie, wenn nicht mit Musik, konnte man als Musiker auf Herbert Roth reagieren?

Kultur und Politik

Kultur und Politik sind ein schwieriges Paar. An einem Ort wie Weimar zeigt sich, wie beide einander bedürfen, aber auch wie gerade die Kultur für politische Zwecke immer wieder instrumentalisiert wurde. Die Verbindung von Kultur und Politik wird besonders dann deutlich, wenn, wie es in der DDR der Fall war, ein Staat alle Bereiche von Politik und Gesellschaft einer staatstragenden Ideologie unterordnet. Kunst und Kultur konnten sich auf kreative Weise diesem Definitionsanspruch oft entziehen. Umso konfliktreicher waren die unzähligen Zusammenstöße zwischen dem Führungsanspruch der SED und den um ihren künstlerischen Ausdruck und die freie Wahl der Mittel ringenden „Kulturschaffenden“.

Man denke beispielsweise an die Auseinandersetzung um die Oper „Das Verhör des Lukullus“ von Bertold Brecht und Paul Dessau 1951 oder den anfänglichen Kampf der SED gegen Jazz und Beatmusik. Zu probaten Mitteln gegen die unausweichliche, öffentliche Auseinandersetzung mit bestimmten Künstlern und Oppositionellen avancierten die Ausbürgerungen, wie 1976 im Falle Wolf Biermanns, und die Freikäufe Inhaftierter durch die Bundesrepublik. Nicht aller Probleme konnte

sich die SED auf diese Weise entledigen. Darüber hinaus entsprach es durchaus dem ideologischen Selbstverständnis der Partei, ihren kulturpolitischen Kurs durch Erziehungs- und Überzeugungsarbeit durchzusetzen. Von allen Künstlern wurde der aktive Einsatz beim Aufbau des Arbeiter- und Bauernstaates erwartet. Kamen die Künstler aus Sicht der Partei vom rechten Wege ab, musste sie das Prinzip der Einheit von Parteilichkeit und Objektivität wieder durchsetzen. Besonders die frühen Jahre der DDR waren von Debatten um die „richtige“ Kunst im Sozialismus geprägt. Neben dem Kitsch galt, nach sowjetischem Vorbild, abstrakte, an der Form und weniger am Inhalt ausgerichtete Kunst als „formalistisch“ und daher als verwerflich. Die Brecht/Dessau-Oper traf genau dieser Vorwurf. Sie konnte nur in einer überarbeiteten Fassung aufgeführt werden. Kunst sollte sozialistisch-realistisch „das Leben in einer Aufwärtsbewegung richtig darstellen“.

Die musikalischen Vorlieben Walter Ulbrichts fielen in dieser Hinsicht etwas aus dem Rahmen. Während die Partei über den musikalischen Kitsch diskutierte, sei der Erste Sekretär des Zentralkomitees ein großer Fan Herbert Roths gewesen, heißt es.

„Es geht um die Demonstration gegen unseren Staat“

In Weimar verabredeten sich die Musikstudenten, am 2. Mai zu Herbert Roths Konzert vor das Theater des Friedens zu ziehen. Sie hatten Pappe und Farbe für Plakate besorgt. Eine Blaskapelle sollte Roths Lieder parodieren – als studentischen Beitrag zur Kitsch-Diskussion. Am Mittag des 2. Mai schließlich wurden in der Mensa noch einmal alle aufgerufen, um 19.30 Uhr mit ihren Instrumenten vor die Musikhochschule zu kommen. Ein schriftlicher Aufruf hing am Schwarzen Brett. Dort fand ihn der FDJ-Sekretär der Hochschule und informierte sofort den Parteisekretär der Hochschule, Cäsar. Der geriet in helle Aufregung und rief den Weimarer Kreissekretär an. Das Telefonat ergab für Cäsar den klaren Auftrag, den Protest der Studierenden unter allen Umständen zu verhindern. Cäsar sollte sie und die Dozenten entsprechend instruieren.

Inzwischen trafen sich einige Studenten mit dem Direktor Dr. Felix und berichteten von ihren Plänen. Sie waren auch gekommen, um seine Erlaubnis zur Ausleihe einiger Instrumente für ihre Aktion einzuholen. Dr. Felix war von der Art des Protests gegen Herbert Roth nicht begeistert, fand es aber nicht so schlimm, solange „ihr das nicht im Saal machen wollt.“ Der hinzugekommene Cäsar warnte noch, sie müssten sich über die rechtlichen Konsequenzen ihres Tuns im Klaren sein. Die Demonstration sei nicht genehmigt und nicht erwünscht. Die Musiker jedoch konnte nun nichts mehr aufhalten. Un-

ter Berufung auf den Direktor wurden einige Instrumente aus der Instrumentenkammer ausgeliehen. Vor der Hochschule formierte sich ein Zug von etwa 30 bis 40 Studierenden. Parteisekretär Cäsar teilte ihnen mit, die SED-Kreisleitung sei entschieden gegen die Demonstration, was für einige Verärgerung sorgte. Die Menge setzte sich in Bewegung. Cäsar und der FDJ-Sekretär marschierten schließlich an der Spitze der Demonstration mit, um sie „im Rahmen“ zu halten. Eine Blaskapelle parodierte Herbert Roths Lieder. Auf einem Transparent waren ein Notenschlüssel sowie Schere und Kamm zu sehen – eine Anspielung auf Herbert Roths Friseurberuf. Immer mehr Menschen schlossen sich dem Zug auf dem kurzen Weg durch die Stadt an: Musikschüler des Konservatoriums, Studierende der Hochschule für Architektur und Bauwesen und einige „Halbstarke, die laut randalierten“, wie die Thüringer Neuesten Nachrichten später schrieben. Als der Zug das Haus der SED-Kreisleitung passierte, fragte der wachhabende Volkspolizist (Vopo) Cäsar, ob die Demonstration genehmigt sei. Der Parteisekretär verneinte und bat um Verstärkung, um die Veranstaltung aufzulösen. Man alarmierte ein Schnellkommando. Am Kino „Theater des Friedens“ in der Hummelstraße angekommen, war der Protestzug auf 300 bis 400 Menschen angewachsen. Aus der Menge ertönten Zwischenrufe, die in ein Pfeifkonzert umschlugen, als das Schnellkommando eintraf. Die Vopos begannen, Plakate

und Spruchbänder herunterzureißen, einige Studenten rempelten zurück.

„Es lebe die Bundesrepublik“, wurde gerufen, „am 17. Juni sind wir schon mit ganz anderen fertig geworden“, erwiderten die Vopos. Ein Bericht der Staatssicherheit hält die tumultartigen Szenen fest:

Die Plakate und Transparente wurden vom Schnellkommando gewaltsam eingezogen. Dabei wurde [eine Studentin] fest am Arm gegriffen, weil sie sich wehrte, das Transparent herzugeben. Ein anderer Student griff einen Genossen des Schnellkommandos an und wurde daraufhin mit dem Gummiknüppel auf den Arm geschlagen. Einem anderen Studenten wurde das Transparent (Pappe) um den Kopf geschlagen, da er sich ebenfalls zur Wehr setzen wollte. [...] Während dem Eingreifen der VP und danach nutzten einige negative Elemente die Situation aus, um gegen die VP und die Demokratie Stimmung zu machen. [...] Nach ca. einer Stunde wurde die Straße geräumt und die Ruhe wieder hergestellt.

Dem eintreffenden Herbert Roth und seinem Ensemble bahnte die Volkspolizei den Weg ins Theater. Die Studenten aus der Blaskapelle und der FDJ-Sekretär der Hochschule wurden in Gewahrsam genommen. Die Volkspolizei belehrte sie darüber, dass Demonstrationen angemeldet werden müssten. Nach einer Unterredung mit dem Kreissekretär im Haus der Kreisleitung wurden die Studenten wieder entlassen. Es wurden keine Personalien aufgenommen, niemand wurde zugeführt.

Drinne im Saal Jubel für Herbert Roth, und draußen liefen die Demonstranten auseinander. Die TLZ fasste es am 4. Mai so zusammen:

Daß Proteste in dieser Art der Sache und der Förderung der Volksmusik nicht dienlich sein können, bedarf wohl keiner Begründung. Sie lösten in diesem Falle das Gegenteil aus: Herbert Roth und seine Instrumentalgruppe errangen einen von Beifallsstürmen begleiteten Erfolg. Mit Begeisterung wurden insbesondere die neuesten Lieder Herbert Roths „Wo die Berghütte steht“, „Zu den Birken am Bach kommt der Frühling ins Tal“ und die Melodie „Wir grüßen die Thüringer Wälder“ aufgenommen, die in dem kürzlich in Leipzig uraufgeführten Rennsteigfilm erklingt.

So hätte der Abend enden können. Es kam anders. Am nächsten Tag meldete RIAS frühmorgens: „Die Weimarer Studenten stellen sich gegen den Staat.“ Die SED musste handeln. Auf einer eilig einberufenen außerordentlichen Sitzung der Hochschulparteileitung kamen die Leitungsmitglieder – Professoren, Studenten und der hauptamtliche Sekretär Cäsar – und Vertreter der Weimarer Kreisleitung sowie der Bezirksleitung zusammen. Man betrieb Ursachenforschung: „Herbert Roth selbst provoziert durch sein Verhalten“, befand ein Professor. Die Mehrheit der Anwesenden bemängelte zwar die „falsche Methode“ der Studenten, sah in der Demonstration aber keinen politischen Zündstoff. Sie wollten weiterhin „Stellung gegen Herbert Roth“ beziehen, wie es auch der Parteilinie entsprach. Der große Zuspruch für Herbert Roth aber machte es der SED schwierig, die Demo gutzuheißen. Eine Genossin der Weimarer Kreisleitung gab zu bedenken:

Herbert Roth ist auch ein Bürger der DDR, und ihm steht auch das Recht zu, im demokratischen Rundfunk ein Teil

der Sendezeit zu besetzen, zumal sich unser Programm im demokratischen Rundfunk auf Hörerwünschen aufbaut. Und viele werktätige Menschen wünschen sich, die Musik von Herbert Roth zu hören.

Unter den Arbeitern im Weimarer Mähdrescherwerk wurde in der Tat heftig über das Verhalten der Studenten diskutiert. Die Belegschaft des VEB Feingerätewerks sammelte Unterschriften für Herbert Roth und gegen die Studenten. Die Weimarer Genossen mussten „einsehen“, dass man sich „nicht gegen die Werktätigen“ stellen konnte.

[...] Die Arbeiter in den Betrieben verlangen von jedem Genossen und Staatsfunktionär, daß die ihm übergebenen und übertragenen Studenten zu ehrlichen und unserem Arbeiter- und Bauernstaat treu ergebenden Menschen erzogen werden. Und warum tun sie das – weil sie verlangen können, daß die von ihnen geschaffenen kulturellen Werte auch im Interesse des Arbeiter- und Bauernstaates verwendet werden und denen zugute kommen, die in diesem Geist arbeiten. Daraus ergibt sich, daß wir als Mitglieder einer Arbeiterpartei die Sachwalter der Arbeiterklasse sind, und wir müssen uns auch vor den Werktätigen verantworten. Schätzen wir von diesem Gesichtspunkt die Haltung unserer Studenten ein, so müssen wir sagen, daß auch von ihnen das noch nicht begriffen wurde, denn ihre Meinung war doch: „Ja, wir wollen ja gerade für die Arbeiter und Bauern demonstrieren.“ Das zeigt doch aber deutlich, daß die Studenten die Lage unter unseren Werktätigen nicht kennen, daß eine ungenügende Verbindung zu ihnen besteht und daß sich die Studenten höher und bewußter einschätzen, als die Werktätigen, obwohl sie vor we-

nigen Jahren selbst noch mit ihnen an der Maschine standen. [...]

Die ästhetische Diskussion über Herbert Roths Volksmusik, von Dozenten und Studenten immer wieder angefangen, bescherte der Partei vor Ort, fernab von Parteitag und Fachzeitschriften, ein Dilemma. Den Studenten sollte klar gemacht werden, was an der Sache „tatsächlich falsch“ war. Falsch war in den Augen der Parteigenossen die Wahl der Mittel.

Es geht um die Demonstration gegen unseren Staat. Wir sind der Meinung, da muß doch einer dahinter stecken. Wenn mir das Waschmittel Fewa nicht paßt und ich gehe auf die Straße und demonstriere dagegen, dann ist das eine Demonstration gegen den Staat. Ich kann diese Angelegenheit auch auf einem anderen Wege klären, z.B. Kritik in der Presse usw.

Unterstützung erhielten die Studenten von der Weimarer Staatskapelle, die sich der Demonstration gerne angeschlossen hätte, und von einem Schuldirektor, dem die „Aktion im Schillerschen Geiste“ imponierte. Die Partei hingegen sah den „westlichen Gegner“ am Werk. Sie machte sich auf die Suche nach den „Rädelsführern“ der Demonstration. Die Studenten, mit denen die Kreisleitung im Rahmen einer Sonderkommission beim Rat der Stadt „Aussprachen“ führte, beharrten auf ihrer Sichtweise der Meinungsfreiheit. Man lebe schließlich in einem Land, in dem „jeder seine Meinung zum Ausdruck bringen“ könne. Der Polizeieinsatz sei überzogen gewesen. Die Partei blieb hart: „Diese Meinung ist falsch. Diese Meinung unterstützt den Gegner direkt. Die Volkspolizei ist der Helfer der Ar-

beiter- und Bauernstudenten“, hielt man den Studenten entgegen. „Freiheit äußert sich in unserer Republik durch ein großes Maß an Disziplin und Selbstdisziplin“, stellte ein Genosse klar. Damit war den Demonstranten ein politischer Vorwurf gemacht. Die Staatssicherheit leitete ein Ermittlungsverfahren ein mit dem Ziel, die beteiligten Personen „einschließlich Westverbindungen aufzuklären“ und „neue Kontakte“ zur Musikhochschule herzustellen. Zwei Tage nach dem Vorfall erhielt die SED Rückenwind für ihre Sichtweise. Am 4. Mai erschienen zwei Artikel in der „bürgerlichen Presse der CDU und NDPD.“ „Besonders verwerflich“, so berichtete die Weimarer Staatssicherheit, sei „der Artikel in der CDU-Presse mit der Überschrift ‚So demonstriert man nicht‘“. Der Propaganda-Sekretär der Weimarer SED-Kreisleitung hatte die Artikel genehmigt und löste damit eine weitere Stufe der Auseinandersetzung aus: Drei Musikstudenten erschienen in der Redaktion, um sich nach dem Verfasser des in ihren Augen unzutreffenden Artikels zu erkundigen. Es gab „negative Diskussionen“. Am selben Tag tauchten an den Schwarzen Brettern der Musikhochschule und der Hochschule für Architektur und Bauwesen zwei Flugblätter von „unbekannten Personen“ auf. Neben dem Text „So demonstriert man nicht. Wie? plötzlich Wut gegen den Kitsch? Ohne Voranmeldung?“ zeigte das Blatt eine karikaturistische Tuschezeichnung – einen „schnauzbärtigen Polizisten mit Tschako, langem Säbel, Pistole und erhobenem Zeigefinger“ und einen „ganz kleinen Musikstudenten mit Geige und einem zertrampelten Transparent ‚Kampf dem Kitsch‘“. Der politische Charakter der Demonstration, die Beleidigung „unseres Freundes, der Volkspolizei“, wie die

Genossin der Kreisleitung den Studenten nun vorhalten konnte, hatte sich für die Partei damit bestätigt. Unter dem Deckmantel der ästhetischen Auseinandersetzung mit Herbert Roth sei eine „negative Diskussion“ gegen „unsere VP [und] die Kulturpolitik entfaltet“ worden. Die Studenten sprachen von einem Missverständnis. Man habe sich nicht gegen die Vopos stellen wollen. Als aber die Feuerwehr zum Herderplatz ausrückte, weil dort ein Affe aus einer Tierschau ausgerissen war, dachten sie, dass Wasserwerfer eingesetzt werden sollten. Das habe die Stimmung aggressiver werden lassen. Mit Hilfe von Dossiers der Staatssicherheit und nach den „Aussprachen“ mit zahlreichen Studenten konnte die SED den Verdacht der „Rädelsführerschaft“ auf drei Studenten verengen. Die Partei empfahl der Musikhochschule, gegen jene Studenten Disziplinarverfahren einzuleiten. Die empfohlenen Strafen, eine Exmatrikulation und zwei Stipendienkürzungen, wurden denn auch verhängt.

Der SED-Bezirksleitung missfiel überdies der Führungsstil der Hochschul-SED. Sie beauftragte die Weimarer Kreisleitung, sich „ernsthaft mit der Parteioorganisation an der [Musikhochschule] auseinanderzusetzen“ und „die Schuldigen zu ermitteln und zur Rechenschaft zu ziehen.“ Parteisekretär Cäsar und Direktor Felix standen im Zentrum der Kritik. Während Felix schließlich in seinem Direktorenamt verblieb, wurde Cäsar abberufen. Die Partei zog auch für ihre eigene Arbeit weitreichende Konsequenzen. Zahlreiche Weimarer SED-Funktionäre mussten sich vor der Kreispartei-Kontrollkommission verantworten. Man stellte fest, dass die ideologische Arbeit an den Weimarer Hochschulen völlig unzurei-

chend sei. Die Studierenden hätten kaum Kenntnisse über „den Charakter unseres Staates, das Wesen der Demokratie und ihre Aufgabe als Arbeiter- und Bauernstudenten.“ Die vielen „bürgerlichen Professoren“ seien ein zusätzliches Hindernis. In einem Bericht über die Ereignisse an Kurt Hager, Sekretär für Kultur des ZK, griff die Weimarer SED letztendlich doch einige Punkte der studentischen Kritik an Herbert Roth auf. Man dürfe der „Roth’schen Musik [...] nicht immer neue Vorrechte“ einräumen, sondern müsse „eine neue [...], unserer Zeit gemäße [...] Unterhaltungsmusik“ entwickeln. Der Musikhochschule wurde verordnet, eine „stärkere Verbindung“ zu den „Kulturgruppen der Betriebe zu suchen.“

Geblieben war der SED vom Weimarer 2. Mai 1956 die Angst vor einem neuen 17. Juni. „Erhöhte revolutionäre Wachsamkeit“ und eine verstärkte Agitations- und Propagandaarbeit unter den Studierenden sollten dieses Szenario verhindern. Man wollte dafür Sorge tragen, dass „die Genossen in die Leitungen kommen, die sich in den Diskussionen um den XX. Parteitag [...] durch Standhaftigkeit und Treue zur Partei“ ausgezeichnet hätten.

„Das zeigt“, sagte Walter Ulbricht über den 2. Mai vor Parteifunktionären der Staatssicherheit, „daß uns der Gegner mitten in unserem Lande überrascht und wir nichts davon merken.“

Der Senat der Musikhochschule hob die Exmatrikulation 1961 auf.

Johannes Warda

Zitate aus Dokumenten folgender Archivbestände:

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Bezirksparteiarchiv der SED Erfurt, Bezirksleitung der SED Erfurt IV/2/3/205

organisationen der SED in der Stadt Weimar IV/7/769/001/3, IV/7/769/002/2, IV/7/769/003/2 und IV/7/769/003/3

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Bezirksparteiarchiv der SED Erfurt, Grund-

BStU, Außenstelle Erfurt, MfS-BV Erfurt, AS 40/61

Herausgeber:
Landeszentrale für politische Bildung
THÜRINGEN
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
www.lzt.thueringen.de
Autor: Johannes Warda, Jena
Druck: Druckerei Sömmerda GmbH
2008 (77)